## DIE LINKE. Sachsen Landesvorstand

B8 - 070

## ÄA Bundesparteitag an L03

Beschluss des Landesvorstands im Umlaufverfahren vom 8. Juni 2022

Beschluss: Der Landesvorstand der LINKEN Sachsen beschließt, den

folgenden Änderungsantrag als Änderungsantrag zum

Bundesparteitag einzureichen.

Anlagen: -

politische Botschaft: -

Maßnahmen der

Öffentlichkeitsarbeit: Veröffentlichung im Internet (<u>www.dielinke-sachsen.de</u>)

weitere Maßnahmen: Einreichung des Änderungsantrages;

Verständigung über Zuständigkeits- und

Entscheidungsregelungen beim Bundesparteitag hinsichtlich des Umgangs mit den sächsischen Änderungsanträgen

Finanzen: -

Die Vorlage wurde abgestimmt

mit:

**Den Beschluss sollen erhalten:** Landesvorstandsmitglieder/ Landesratsmitglieder/

Kreisvorsitzende/ Kreisgeschäftsführer\*innen/

Ortsvorsitzende/ sächsische Mitglieder im Bundesausschuss/ Pressesprecher und Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag/ Landesparteitagsdelegierte/ sächsische Bundesparteitagsdelegierte/ Sprecher\*innen der Landesweiten Zusammenschlüsse/ Abgeordnete im Furopaparlament Bundestag und Landtag/ sächsische

Europaparlament, Bundestag und Landtag/ sächsische Parteivorstandsmitglieder/ Regionalmitarbeiter\*innen der Landtags- und Bundestagsfraktion/ Mitarbeiter\*innen

 $Landesgesch\"{a}ftsstelle/\ Jugendkoordinator {}^*in/$ 

Landesinklusionsbeauftragte\*r

Abstimmungsergebnis:

dafür: 10 dagegen: 0 Enthaltungen: 1

F.d.R.

Dresden, 08.06.2022

Lars Kleba

Landesgeschäftsführer

1, lill

## Bemerkungen:

ÄA zu L 03 in Zeile 34 - 49:

- Nichtmilitärische Möglichkeiten der Ukraine in ihrer Verteidigung beizustehen, müssen ausgeschöpft werden. Im Falle eines Angriffskrieges leisten wirtschaftliche Sanktionen einen Beitrag dazu, die Verhandlungsmacht gegenüber dem Aggressor zu erhöhen und so einen gerechten Frieden zu verhandeln. Dazu müssen diese Sanktionen konsequent den russischen Staat, die russische politische Elite und die kriegswichtigen Industrien treffen.
- Die Machtbasis des Systems Putin ist die Konzentration von Reichtum und politischer Macht in den Händen weniger. Die Bundesregierung muss ihrer Verantwortung für das Einfrieren von diesen Vermögenswerten russischer Oligarchen im nationalen und europäischen Rahmen nachkommen. Ein Transparenzgesetz, welches die Verschleierung von Vermögen erschwert, ist dringend notwendig. Die Einrichtung eines internationalen Finanzregisters, wie zum Beispiel von Thomas Piketty gefordert, ist notwendig und überfällig.
- Exportverbote von für die russische Rüstungsindustrie relevanten Gütern bedeuten weniger Waffen. Dies schließt Exportverbote für Dual-Use Güter, welche für militärische und zivile Nutzung verwendbar sind, ein. Ebenso ist das Einfrieren russischer Staatsguthaben bei nichtrussischen Banken für die Dauer des Krieges ein effizientes Mittel, den Import von Waffensystem und rüstungsrelevanten Gütern finanziell und logistisch zu erschweren. Dafür muss die Bundesregierung diplomatisch auch außerhalb der an den existierenden Sanktionen beteiligten Staaten werben.